

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die Ausdehnung der EWG im Urteil der Welt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1962) : Die Ausdehnung der EWG im Urteil der Welt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 2, pp. 55-58

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133189>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

junkturrat bilden, der genauso ohnmächtig wäre wie die früheren Weltwirtschaftskonferenzen. Nicht zu übersehen ist ja auch, daß alle in Betracht kommenden Länder heute unter dem Dach des Internationalen Währungsfonds wohnen.

Bis zu einer wissenschaftlich orientierten Koordinierung der Konjunkturpolitik in der westlichen Welt ist noch ein weiter Weg, aber die Zeit einer atomistischen Konjunkturpolitik, eines ungeordneten Neben- und Gegenein-

ander, ist in der freien Welt endgültig vorbei. Der Weg zu einer immer engeren und verständnisvollen Zusammenarbeit ist nunmehr vorgezeichnet, und es ist so gut wie unmöglich, ihn nicht zu beschreiten. (A.J.)

Von einem Korrespondenten

Die Ausdehnung der EWG im Urteil der Welt

Ob man sich in diesen Wochen mit Vertretern der Kennedy-Regierung, mit Bankiers aus Wall Street oder Industriellen aus Pittsburgh unterhält, ob man in den Wandelgängen der UNO mit Europäern, Amerikanern, Afrikanern oder Asiaten spricht, der Verlauf des Gesprächs ähnelt sich auffallend: Sobald man festgestellt hat, daß es „im Kalten Krieg nichts Neues“ gäbe, wendet sich das Interesse des Partners der Meinung des Deutschen über die Entwicklung der EWG zu.

Es ist nicht leicht, den Fragestellern Rede und Antwort zu stehen, weil sie oft herzlich wenig von der Problematik des Gemeinsamen Marktes wissen; es ist noch schwieriger, von den Fragestellern ihre Meinung über die weitere Entwicklung und Ausdehnung der EWG zu erfahren. Teils fehlt es an Kenntnissen des Sachverhalts, teils fließen Vorurteile, fließen begründete wie unbegründete Ängste vor Wandlungen der Zukunft in die geäußerten Meinungen ein.

Immerhin zeichnen sich jetzt einige erste grundlegendere Kommentare zur nächsten Phase der EWG ab, die einerseits durch die Überwindung der Agrarhürde und die dadurch möglich gewordene zweite Phase der Rom-Verträge, andererseits durch den erwarteten Beitritt Großbritanniens und anderer EFTA-Länder sowie die von Präsident Kennedy aktiv betriebene Anpassung der amerikanischen Handelspolitik an die neue europäische Entwicklung ausgelöst und geprägt sind.

Reaktion der Agrarproduzenten

Betrachten wir zunächst die Reaktionen auf die Einbeziehung der Landwirtschaft in die EWG-Regelungen. Verständlicherweise sind die Weizenproduzenten in den USA und Kanada, die Viehzüchter in Lateinamerika, die Meiereibesitzer in Neuseeland und Australien und viele andere um ihren Absatz in Europa besorgt. Man befürchtet, daß die seit Jahrzehnten überfällige Rationalisierung der europäischen Landwirtschaft nunmehr in großen Sprüngen vorangehen wird. Man kennt z. B. die „Musterfarm Dänemark“ und glaubt, daß ihr Vorbild nach dem dänischen Beitritt zur EWG Schule machen wird. Man hat von den erfolgreichen Anstrengungen der französischen Landwirtschaft gehört und sieht im Geiste bereits riesige wogende Getreidefelder amerikanischen Ausmaßes

oder, wenn man etwas mehr über die französische Modernisierung weiß, steil in die Höhe schnellende Ertragsziffern je Hektar vor sich. Man denkt an die gewaltigen Möglichkeiten Deutschlands zur Produktion künstlicher Düngemittel wie auch landwirtschaftlicher Maschinen und leitet daraus sowohl eine Verjüngung des europäischen Bodens wie auch eine Bodenreform auf dem Wege über die Mechanisierung der Landwirtschaft als Zukunftsmöglichkeiten ab.

Kein Zweifel, ganz besonders Nordamerika, aber auch andere Agrarexportländer sehen ihre Chancen, vor allem in Großbritannien wegen größerer Käufe aus Europa, in zweiter Linie auch auf dem Kontinent wegen verbesserter Produktivität der Landwirtschaft, stark schrumpfen. Allerdings hört man auch beruhigende Äußerungen anderer Art. Einmal wissen gerade Kenner der europäischen Landwirtschaft, daß die Bäume dort nicht in den Himmel wachsen, daß die Reformen bestimmt nicht übers Jahr, ja wohl kaum übers Jahrzehnt so weit voranschreiten werden, um die überseeischen Lieferanten beim Absatz sowohl im Rahmen des bisherigen Verbrauchs als auch im Rahmen des mit wachsendem Wohlstand steigenden Verbrauchs zu schädigen. Gewiß wird sich der Markt verändern, wird beispielsweise mehr Knäckebrot als Konsumbrot gebacken werden, und was der Marktverlagerungen mehr sind.

Doch die große Beruhigung, die der Getreidewirtschaft Nordamerikas langsam einleuchtet, ist die für sie günstige Verlagerung des Getreideverbrauchs in die Länder mit rapider „Bevölkerungs-Explosion“. Es wird nicht immer leicht sein, Weizenlieferungen nach Indien oder nach China zu finanzieren — aber, wie die kanadischen Weizenlieferungen nach China zeigen, wenn der Hunger heftig genug ist, dann finden sogar totalitäre Regime Dollars für Weizenkäufe. Diese beiden Erwägungen werden noch ergänzt durch die Hoffnung auf eine verständnisvolle Wirtschaftspolitik des höchstwahrscheinlich weiter an Prosperität gewinnenden europäischen Blocks.

Lateinamerika fürchtet für Agrarpreise

Wie notwendig eine weltweite Wirtschaftspolitik sein wird, je intensiver die EWG ihren Mitgliedern Erfolge bringt, geht aus manchen sorgenvollen Anmerkungen der Lateinamerikaner hervor. Dort macht man

sich über die Preisentwicklung für Agrarprodukte und Mineralien Gedanken. Man fürchtet, daß auch in Zukunft die Weltmarktpreise für diese Produkte schwanken werden, daß sich eine erfolgreiche Rationalisierung hier, eine umfangreiche Wandlung von Verbrauchsgewohnheiten dort über schwankende Weltmarktpreise auf diejenigen Erzeugerländer nachteilig auswirken werden, die hauptsächlich vom Export dieser Erzeugnisse — oft in Monokultur erzeugt — leben und zur Stützung ihrer Landwirtschaft oder ihres Bergbaus nicht auf industrielle Erlöse zurückgreifen können.

Aus Lateinamerika hört man Pessimisten bereits stöhnen, die Kluft zwischen dem Lebensstandard der Industrie- und der Entwicklungsländer werde in Zukunft eher noch wachsen, da die Entwicklungsländer wegen der befürchteten Preisschwankungen für ihre Produkte „nicht auf den grünen Zweig kommen“ könnten, während die sich jetzt zusammenschließenden Industrieländer immer höhere Wolkenkratzer des Wohlstands errichten.

Zum Glück sind nicht alle Südamerikaner von derartigen Alpträumen geplagt. Einige ihrer verantwortlichen Sprecher in der UNO haben bereits auf das heilende Gegengift gegen diese Entwicklung hingewiesen, wenn etwa ein Sprecher Argentiniens von den EWG-Ländern jetzt Hilfe für die Industrialisierung Südamerikas forderte, damit dadurch später für Europa und Nordamerika ein sich stetig ausdehnender Markt für industrielle Ausrüstung entstünde. Zweifellos wird die Zusammenarbeit Europas und Nordamerikas bei der industriellen Entwicklung Lateinamerikas in einer Größenordnung erforderlich bleiben, wie sie Kennedy in seiner „Alliance for Progress“ für viele Jahre vorschwebt. Es wird jedoch gerade von den Freunden Lateinamerikas die Hoffnung hinzugefügt, daß die nur erst langsam beginnende gesellschaftliche Reform in Südamerika mit dieser Hilfe von außen Schritt halten möge.

Afrikanische Absatzsorgen

Ähnliche Gedankengänge, wie sie von Südamerikanern über die Absatzgestaltung für ihre Primärprodukte geäußert werden, kann man auch von Vertretern Afrikas hören. Nur sind die Schlußfolgerungen, die von ihnen gezogen werden, ganz anderer Art. In Afrika vollzieht sich, soweit man dies in den Wandlungen der UNO spüren kann, eine lebhaft, oft leidenschaftliche Debatte um den Gemeinsamen Markt, die sich jedoch wesentlich auf das Für und Wider einer Assoziation der einzelnen neuen afrikanischen Staaten konzentriert. Daß dabei die jüngste politische Vergangenheit dieser neuen Staaten eine große Rolle spielt, versteht sich von selbst. Daß den aus französischen Kolonien hervorgegangenen Staaten — soweit sie die Zusammenarbeit mit Frankreich von sich aus nicht unterbrochen und sich damit auch nicht den Zorn von de Gaulle zugezogen haben — die Vorstellung anhaltend enger wirtschaftlicher Verbundenheit mit dem ehemaligen Mutterland und dessen Freunden in der EWG sehr viel näher liegt als den ehemaligen britischen Kolonialgebieten, deren Mutterland noch

heute mitten in der heftigen internen Debatte um die Zweckmäßigkeit eines Beitritts zum Gemeinsamen Markt steht, kann kaum überraschen.

Dennoch kündigt sich in der Mehrzahl der jungen afrikanischen Staaten eine zunehmende Bereitschaft an, sich gemeinsam über die Assoziation zu beraten und wahrscheinlich auch ihr eine Chance zu geben. Es könnte also sehr leicht dahin kommen, daß aus Afrika viel mehr Wünsche auf Assoziation angemeldet werden, als es der EWG möglich wäre, zu erfüllen! Abgesehen von Einzellösungen, die auf dem Gebiete der Abnahmezusagen für bestimmte Produkte liegen könnten — Zusagen, die jedoch wohl zeitlich begrenzt werden müßten —, dürfte grundsätzlich die Antwort auf derartige Wünsche nicht im Rahmen der Wirtschaftspolitik der EWG, sondern in der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe der einzelnen europäischen Länder liegen. Man braucht es kaum auszusprechen, daß dieser Gedanke zumindest nach Koordination der Entwicklungshilfe ruft, letztlich jedoch auch hier nach einem gemeinsamen Nenner gesucht werden muß. Vielleicht wird es der EWG — wie es manchen ihrer Fürsprecher vorschwebt — wenigstens gelingen, einheitliche wirtschaftspolitische Richtlinien für die afrikanische Entwicklungshilfe auszuarbeiten, die dann von den einzelnen hilfsbereiten Ländern berücksichtigt werden können.

Entwicklung des afrikanischen Imports

Im Gegensatz zu manchen südamerikanischen Volkswirtschaften, die sich zur eigenen Industrialisierung reif fühlen, rechnen die Mehrzahl der afrikanischen Staaten wohl erst in etlichen Jahren mit einem derartigen industriellen Auftakt. Bis dahin denken sie mehr an eine handwerkliche Entfaltung und an eine Einfuhr einfacher Gebrauchsgüter; an Maschinen kommen allenfalls landwirtschaftliche Geräte und, in einigen Fällen, Bergbau-Ausrüstungen in Frage. Um den Import an Gebrauchsgütern so rasch steigern zu können, daß die einheimische Bevölkerung den Eindruck des Fortschritts und der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung mit der kürzlich gewonnenen Unabhängigkeit verbindet (was für die erste Generation der politischen Führung und deren Möglichkeiten zu einer gemäßigten Politik wichtig, wenn nicht entscheidend ist), ist man auf preislich günstige Einfuhren angewiesen. Das wird in vielen Fällen Importe aus Japan, Indien usw. bedeuten. Die bisherigen europäischen Lieferanten brauchen deshalb kaum unruhig zu werden: ihnen und der amerikanischen Industrie wird der Bedarf der sich rasch entwickelnden „Oberschicht“ in den neuen Staaten zufallen, die sich gern von der breiteren Schicht der „neuen“ Konsumenten importierter Gebrauchsgüter abheben möchte. Außerdem wird schon die finanzielle Entwicklungshilfe manche zusätzliche Absatzmöglichkeit für Produktionsgüter, Infrastruktur und dergleichen erschließen.

Keine Sorge vor Exportdruck der Entwicklungsländer

Ohne daß der Gedanke der Absatzverschiebungen infolge der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Staaten Afrikas hier weiter verfolgt werden soll, verdient

doch auf eine Überlegung hingewiesen zu werden, die man gleichermaßen von lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Wirtschaftspolitikern zu hören bekommt. Sie alle sind sich darüber im klaren, daß sie und wohl auch ihre Kinder den Tag nicht erleben werden, an dem aus Südamerika, Afrika und Asien wirklich umfangreiche Exporte von Industriegütern in die hochentwickelten Industrieländer Europas und Nordamerikas gehen werden. Zwar spricht man symbolisch gelegentlich vom „Hongkong-Hemd“, das in Hamburg, London und New York zu einem Bruchteil des Preises für „einheimische“ Hemden verkauft werden könnte, erinnert sich jedoch im gleichen Augenblick daran, daß viele Textilien trotz der hohen Löhne Amerikas in den USA nicht teurer zu stehen kommen als in Europa, weil die Produktionskosten, die ohnehin nur einen recht kleinen Teil des Ladenpreises ausmachen, durch die modernere Massenproduktion in den USA verhältnismäßig niedrig gehalten werden, die Handelsspesen für das „Hongkong-Hemd“ jedoch im arbeitsintensiven Einzelhandel nicht geringer sind als fürs einheimische Hemd.

Ein neues Welthandels-Dreieck

Es zeichnet sich daher für die Wirtschaftspolitiker außerhalb der Industrieländer ein neues Welthandels-Dreieck ab, das in großen Linien so aussieht: Nordamerika und Europa liefern Maschinen an Länder, die schon Erfahrung in der Konsumgüterindustrie haben und über große Reserven an Arbeitskräften verfügen (man denke beispielsweise an Indien und Pakistan). Diese Länder bauen ihre Konsumgüterindustrie aus und produzieren nicht nur für den — wachsenden — Eigenbedarf, sondern auch für den Export in Länder, in denen noch das Handwerk vorherrscht und der — ebenfalls rasch wachsende — Bedarf an typischen Massenkonsumgütern, wie Textilien, nicht im Lande gedeckt werden kann. Diese dritte Gruppe von Ländern liefert Primärprodukte aus Landwirtschaft und Bergbau teils an die erste, teils an die zweite Gruppe in diesem Dreieck.

Natürlich wird das Welthandelsbild der nächsten Jahrzehnte sehr viel komplizierter aussehen als dieses Dreieck. Aus dem Urteil einsichtiger Politiker aus den Entwicklungsländern über die Bedeutung der EWG ist dabei jedoch zweierlei festzuhalten, erstens daß für viele Staaten auf absehbare Zeit nicht mit einer großen industriellen Ausfuhr zu rechnen ist, wohl aber mit zunehmender Prosperität in den Industriestaaten, die für steigende Preise der Agrarprodukte und Mineralien günstig ist, und zweitens, daß alle Beteiligten an diesem Handelsdreieck, besonders aber die hochentwickelten Industrieländer (und damit auch die EWG) wie die neuen Entwicklungsländer, an einem möglichst ausgeprägtem Freihandel interessiert sind.

An diesem Interesse am Freihandel haben übrigens auch „alte“ Staaten des britischen Commonwealth, wie Australien und Neuseeland, aus der Erkenntnis heraus teil, daß ihre Spezialexporte, wie Wolle oder Butter, von der Prosperität der „großen EWG“ — nach dem

Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens usw. — nur gewinnen können, mag auch der Absatz sich auf mehr Märkte verteilen und dadurch umständlicher und kostspieliger werden. Nur Kanada behält noch seine ablehnende Front gegen den britischen Beitritt zur EWG bei. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß man den Fall in Ottawa bereits für entschieden hält, aber die Maske des Widerstands noch weiter trägt, um Großbritannien und sich selbst möglichst viele Vorteile für eine möglichst ausgedehnte Übergangszeit zu verschaffen.

Die amerikanische Haltung zur EWG

Bisher ist über die amerikanische Haltung zur EWG noch nicht gesprochen worden, die Beurteilung der überwundenen Agrarhürde ausgenommen. Das Wichtigste an dieser amerikanischen Haltung ist die, auch für viele Freunde und enge Mitarbeiter des Präsidenten überraschende, wuchtige und umfassende Reaktion Kennedys. Er hätte es sich durchaus leisten können, seine Öffentlichkeit und vor allem seine so empfindlichen Wirtschaftler langsam, über eine Reihe von Jahren, an die EWG-Wirtschaftspolitik heranzuführen, bis eines Tages bei Wirtschaftlern und Politikern die Erkenntnis dämmern würde, daß man sich zu weitgehend eingelassen habe, um von einer festen Bindung noch zurücktreten zu können. Das würde dann einen der in der amerikanischen Politik üblichen Stürme hervorrufen, der jedoch am Tatbestand nichts ändern und wohl auch kaum Kennedy schaden würde.

Warum hat Kennedy den schwierigeren, steileren Weg gewählt, um schon jetzt den Berg einer Assoziation der USA an die Atlantische Gemeinschaft zu erklimmen? Nichts wäre falscher, als diese Entscheidung des Präsidenten auf jugendliches Stürmen zurückzuführen. Gute Kenner der heute im Weißen Haus in Formung begriffenen amerikanischen Weltpolitik sind vielmehr der Ansicht, daß Kennedys handelspolitische Strategie und seine Forderung an den Kongreß auf weitgehende Vollmachten für diese Strategie einen wesentlichen Bestandteil sowohl seiner Außenpolitik als auch seiner Innenpolitik, insbesondere seiner wirtschaftspolitischen Konzeption, für die Zeit seiner Präsidentschaft bilde.

Die amerikanische Wirtschaftspolitik

Was verspricht sich Kennedy für die amerikanische Wirtschaft von der Anlehnung an die „große“ EWG? Kennedy, so erklären Leute, die es wissen könnten, ist zutiefst beunruhigt über das Unvermögen der USA-Wirtschaft, Phasen konjunkturellen Aufschwungs länger als 18 bis 24 Monate aufrechtzuerhalten und selbst in diesen Aufschwungsperioden bis in die Nester der strukturellen Arbeitslosigkeit vorzudringen. Er hat sich über die Ursachen dieses Unvermögens noch kein abschließendes Urteil gebildet, neigt jedoch dazu, 1. die Freisetzung von Arbeitskräften durch die Automation, 2. das Nachlassen der „nationalen Arbeitsgeschwindigkeit“ teils aus Widerstand gegen die Automation, teils aus einer aus dem Wohlstand abgeleiteten Lethargie, 3. das übermäßige Drängen der Ge-

werkschaften auf Lohnerhöhungen, die nicht aus der Produktivität abgeleitet werden können, und schließlich, 4. wenn auch vorerst in geringem Umfang, den Druck ausländischer Konkurrenz auf dem amerikanischen Markt als einige Ursachen dieses Unvermögens anzusehen.

Kennedy hat sich zudem gleich zu Beginn seiner Amtszeit mit der Passivität der Zahlungsbilanz befassen müssen. Er hat dabei erkennen müssen, daß diese Passivität aus einer Kombination von wirtschaftlicher und militärischer Auslandshilfe der USA und von Kapitalexporten entstanden ist, die zu einem erheblichen Teil den Zweck verfolgten, die Zollmauer der EWG zu überwinden und an der europäischen Prosperität teilzunehmen. Kennedy hat seitdem beobachten müssen, daß mehr und mehr amerikanische Wirtschaftler sich für diese europäische Prosperität interessieren, man also mit anhaltenden Kapitalexporten nach Europa rechnen muß, falls keine andere Form der Beteiligung an der europäischen Prosperität gefunden werden kann. Diese andere Form sucht Kennedy in der Assoziation, die nicht nur den europäischen Agrarmarkt für die amerikanische Landwirtschaft sichern, sondern auch sehr viel mehr USA-Industrieprodukten europäische Tore öffnen soll. Güterexport statt Kapitalexport könnte man diese Seite der Kennedy-Strategie nennen. Dabei ist es Kennedy und seinen Beratern deutlich, daß im Austausch mehr europäische Industriegüter nach Amerika kommen werden, deutlich — und nicht unlieb. Denn die Wohlstands-Lethargie könnte durch eine Dosis ausländischer Konkurrenz vermindert, wenn auch wohl nicht beseitigt werden. Die Möglichkeit, diese Dosis in den Zollsensungen abmessen zu können, begrenzt die Gefährlichkeit dieser Therapie, deren man sich in Washington durchaus bewußt ist.

Wirtschaftliche Festigkeit der westlichen Welt

Auf die außenpolitische Strategie Kennedys braucht in diesem Zusammenhang nur kurz hingewiesen zu werden. Es herrscht im Weißen Haus keinerlei Zweifel daran, daß die wirtschaftliche Einheit Europas unter Beteiligung Großbritanniens für die Erhaltung des Weltfriedens günstig ist, und zwar sowohl wegen der Festigkeit, die damit der Nordatlantischen Allianz verliehen wird, als auch wegen der Ausstrahlungen, die eine gesunde und prosperierende europäische Wirtschaft auf die übrige Welt, ganz besonders aber auf die jungen Staaten und Empfänger von Entwicklungshilfe ausübt.

Es kommt Kennedy offensichtlich darauf an, neben die militärische Rüstung gegen Überraschungen aus dem Kreml auch eine wirtschaftliche Festigkeit der freien Welt zu stellen. Ob es nun um Lateinamerika, Afrika oder Asien geht, in allen diesen Erdteilen ebenso wie in Europa soll der freie Handel locken. (Der rote Handel, darüber dürfen wir uns wohl ein wenig freuen, hat kaum etwas, womit er locken kann, am wenigsten mit Abnahmemöglichkeiten für die Primärprodukte der Entwicklungsländer.) Dieses politische Motiv ist eine wichtige Triebfeder nicht nur für die ständige moralische Unterstützung, die Washington der EWG bisher gewährt hat und mit der es auch London und seinen Commonwealth-Freunden zum Eintritt bzw. zur Annäherung zugeredet hat. Es wirkt gleichermaßen in der aktivistischen Botschaft an den Kongreß, in der Kennedy um das Rüstzeug für die Assoziation mit der Atlantischen Gemeinschaft nachsucht. Sicher wird es noch schwere Kämpfe im Kongreß geben, sicher wird man auch in Europa noch manchen Anlaß haben, bedenklich den Kopf zu schütteln. Doch entscheidend wird der Wert der in Washington betriebenen Politik für den Frieden der Welt sein.